

Erteilung von Negativbescheinigung

Die Negativauskunft bescheinigt dem Antragsteller oder einem Dritten, dass der Antragsteller bzw. der Dritte kein laufendes Insolvenzverfahren hatte/hat und dass in den letzten 5 Jahren die Eröffnung des Insolvenzverfahrens nicht mangels Masse abgewiesen worden ist.

Die Bescheinigung wird nur auf Antrag erstellt.

Bei Drittauskunft ist ein berechtigtes Interesse nachzuweisen.

Die Ausstellung erfolgt durch den Urkundsbeamten der Geschäftsstelle. Es werden für die Bescheinigung Kosten vom Antragsteller gem. § 4 Abs. 1 JVKostG in Höhe von 15,00 € pro Bescheinigung erhoben, KV-Nr. 1501 JVKostG.

Antragstellung: kein Formularzwang, jedoch hat jedes Gericht ein eigenes Formular für die Bescheinigung, die die Geschäftsstelle ausstellt.

Antragseingang: UdG prüft, ob ein Verfahren vorhanden ist

Verfahren vorhanden:	Antrag wird zur jeweiligen Sachakte genommen
kein Verfahren zu finden:	Eintragung erfolgt als AR-Sache - AZ z.B.: 39 AR 45/25

Begleichung der Kosten:

- keine Vorschusspflicht
- Kostenrechnung erstellt UdG
- Zahlung entweder vor Ort in der Gerichtszahlstelle oder per Sollstellung

Weglegung:

- Aufbewahrung der Schriftstücke in Sammelordnern für 2 Jahre
- entsprechende Eintragungen auch in der eAkte und in forumStar
- keine Verfahrenserhebung, keine Dokumente von der Vernichtung auszuschließen

Muster eines Antrages, welcher auf der Geschäftsstelle bzw. in der Rechtsantragstelle gestellt wird:

ANTRAG AUF AUSKUNFTSERTEILUNG
AUS DEM INSOLVENZVERZEICHNIS

Antragsteller Frau/Herr: Veli Decker
wohnhaft: Eisenacher Straße 11
12345 Berlin

(ggf. Auftraggeber: _____)

Ich bitte um Auskunft über:

Frau/Herr/Firma: Susanne Kuhn

wohnhaft: Motzstraße 43
12345 Berlin

geboren am : 26.08.1972

Datum: 16.02.2025 Unterschrift: XXX

Die Gebühr in Höhe von 15,00 Euro wurde mittels Kostenstempler entrichtet.

Vermerk:
Die Auskunft aus dem Verbraucherinsolvenzverfahren wird nur für den Zuständigkeitsbereich des Amtsgerichts Schulungsstadt (Bezirke Musterberg, Musterhausen) erteilt.
Über anhängige Verfahren an anderen Gerichten kann keine Auskunft erteilt werden.

X Ermittlung positiv/negativ
Auskunft wurde erteilt. X

Dienstbezeichnung, Unterschrift

Auskunftserteilung a. d. Schuldnerverzeichnis

Muster einer Verfügung zur Negativbescheinigung:

Amtsgericht Schulungsstadt 3

Schulungsstadt, 06.03.2025

38 AR 1/25

Verfügung

1. Folgendes Schreiben fertigen:

Negativbescheinigung

Betreff: **Susanne Kuhn**
26.08.1972
Motzstraße 43
12345 Berlin

Hiermit wird bestätigt, dass im Zuständigkeitsbereich des Amtsgerichts Schulungsstadt 3 gegen oben genannte Person kein Verbraucherinsolvenzverfahren (ermittelt für die Bezirke im Zuständigkeitsbereich des bescheinigenden Gerichts, vorherige Anschriften werden dabei nicht berücksichtigt) zu ermitteln ist.

Für diese Auskunft entsteht eine Gebühr in Höhe von 15,00 Euro (Anlage zu § 4 Abs. 1 des Justizverwaltungskostengesetzes, Kostenverzeichnis Nr. 1501). Diese wird von der Kosteneinzugsstelle der Justiz erhoben. Zahlungen sind ausschließlich zum dortigen Kassenzettel zu leisten. Bitte warten Sie die Kostenrechnung ab.

2. Schreiben ab:

Antragstellerin: Veli Decker

formlos

3. KR I an KEJ ab

4. Weglegen (2027)

AG3_Dozent, JSekr
Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

Besonderheit in forumStar beim Weglegen:

38 AR 1/25 - hier: Allgemeine Anfrage

Verfahren Verfahrensaktionen Bearbeiten Fensteransicht Extras Text Fremdprogramme Hilfe

Verfahren Favoriten

38 AR 1/25

1. Übersicht 2. Details 3. Beteiligte 4. alle Beteiligte 5. Termine 6. Aktenkontrolle 7. Dokumente/Nachrichten 8. Tätigkeitenliste 9. Entscheidungen

Zuständig Ri'in AG Richter/in Schulungsstadt 3 Anhängig seit 06.03.2025 elektr. Eingang ☐ Posteingang

Verfahrensart Erledigt am 06.03.2025

Verf. Status erledigt Abschn. Erledigungsgrund Schrift beantwortet

AR-Daten

AR-Inhalt Allgemeine Anfrage

Bez. d. Angelegenheit

AR-Verfahrensart Sonstige AR

Prüfungen

- ☒ Sind alle Fristen aller Kontrollgegenstände erledigt?
- ☒ Sind alle evtl. vorhandenen Beilagen getrennt?
- ☒ Sind alle Kontrollgegenstände bei der Hauptakte?
- ☒ Sind alle Verwahrgegenstände erledigt?
- ☒ Im Kostenpunkt behandelt?

Standorte und nächste Frist

Kontrollgegenstand

Hauptakte

Hauptakte

Tätigkeitenliste

Tätigkeiten angefordert von

Akte weglegen

Datum der Weglegung 06.03.2025 Beginn der Aufbewahrungsfrist 01.01.2026

Kürzeste Aufbewahrungsfrist 2 Jahre aufzubewahren bis 31.12.2027

längste Aufbewahrungsfrist 2 Jahre aufzubewahren bis 31.12.2027

Staatsarchiv keine ... Anbietersgrund Verbleib des Eingangs Sammelakt

OK Abbrechen

Übernehmen

1 von 1